moderne
e selten
ahl bei uns!
en, verkau-
rmäßigten
en die An-
sstücke zu
rn!
e Ratenzahlung!
G. m.
b. H.
euerartikel
t. Schilling, Neuenbürg a. E
Ski-Wachs.
Rundstämme
n Nußbaum, Kirschbaum,
Birnbaum kauft
Otto Brodbeck, Holzhandlg.
Feldrennach.
Felle
wie Füchse, Marder, Iltis,
Kanin, Maulwurf usw.
kauft zu höchsten Tagespreis
M. & H. Hilb, Pforzheim
Metzgerstr. 21.
enke
meinnicht,
und Kaffetten,
Tarock- und
en, Löscher,
n, Rechnungen,
mschläge,
sdrucksachen
ehmer schwarzer
lger Ausführung.
Glückwunsch-
rten.
enbürg

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰, Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 296. | Montag den 17. Dezember 1928. | 86. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 14. Dez. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses bildete den ersten Gegenstand der Tagesordnung ein Schreiben des Staatsministeriums über die Veranstaltung von Reit- und Fahrkursen beim Württ. Landesgestüt. Berichterstatter ist der Abg. Körner (BB.). Es handelt sich um einen einmaligen Aufwand von 15 000 Mark und um laufende Ausgaben von 15 Mark für jeden Kursteilnehmer. Der Antrag wurde angenommen. Sodann wurde die Eingabe der Bezirksversammlung für den Schwarzwaldkreis der Nordd. Hagelversicherungsgesellschaft betr. Staatszuschüsse zur Hagelversicherung nach Mitteilungen von Staatsrat Rau bis zur Beratung des Etats zurückgestellt. Es folgte die Beratung der Anträge der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktion betr. Erwerbslosen- und Krisenfürsorge. Zum Berichterstatter wurde der Abg. Dr. Schumacher (Soz.) bestellt. Staatsrat Rau vertrat den Standpunkt der Regierung. Bisher sei nichts versäumt worden. Hilfe zu schaffen. Er sprach sich, wie der Vertreter des Finanzministeriums, Ministerialrat Müller, gegen die Annahme sämtlicher Anträge aus. Von den Abgeordneten Bock, Dr. Schermann und Rist wurden folgende Anträge gestellt: 1. Sobald sich ein Bedürfnis zeigt, nach Verbrauch der schon vorgesehenen Mittel in einem Nachtragsplan für die Zwecke der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge unverzüglich die erforderlichen weiteren Mittel hierzu beim Landtag anzufordern; 2. hiervon abgesehen auch alle sonstigen zur Förderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Ferner beantragte der Abg. Bock (Ztr.) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie in Bälde dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegt, der den Kleinrentnern einen gesetzlichen Anspruch auf hinreichende Rente gewährleistet. Das Ergebnis der Aussprache geht den gleichen Weg wie diese Zentrumsanträge. Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abgelehnt, die beiden Zentrumsanträge mit 15 Ja gegen 1 Nein (Komm.) angenommen. Ein Antrag Ulrich, Dr. Schuhmacher (Soz.), Bock, Dr. Schermann (Ztr.), Hartmann (D. Vp.), Dr. v. Hieber (Dem.), Liebig (Chr. Vd.) auf Weiterführung der Arbeiten am Neckarkanal nach Abschluß der Arbeiten an der Staustufe Horkheim wird mit 11 Ja gegen 4 Nein (BB.) angenommen.

Beratung der Gemeindeordnung.

Stuttgart, 15. Dez. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß setzte heute die Beratung der Gemeindeordnung fort bei Art. 219 (Ortsgesetzgebung). Eine längere grundsätzliche Aussprache brachte schließlich eine sachliche Uebereinstimmung. Die endgültige Formulierung auf Grund verschiedener zu den Artikeln gestellter Anträge wurde zurückgestellt. Artikel 220 (Kraftloserklärung von Gemeindesatzungen) wurde angenommen mit einem Abänderungsantrag Mößner (Soz.), in Zeile 2 nach dem Wort „können" einzuschalten: „sofern sie nicht vom Gemeinderat selbst mit dem Gesetz in Einklang gebracht werden", und einem Abänderungsantrag Küchle (Ztr.), die Worte „durch das Innenministerium ... Körperschaftsverwaltung" zu ersetzen durch „durch die nach Art. 219 zuständige Regierungsbehörde". Art. 221 wurde genehmigt nach Annahme eines Antrags Heumann, die Worte „von den zur Vollziehbarkeitserklärung oder zur Genehmigung zuständigen Behörden" zu ersetzen durch „von den gemäß Art. 219 zuständigen Regierungsbehörden". Eine ausführliche und grundsätzliche Debatte rief der 14. Abschnitt hervor, der von der Aufsicht des Staats über die Gemeindeverwaltung handelt. Von sozialdemokratischer Seite wird namentlich gegen das Wort „Aufsicht" Sturm gelaufen. Redner der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bürgerpartei sprachen sich für die Notwendigkeit des Aufsichtsrechts des Staates den Gemeinden gegenüber aus, auch im Interesse der Gemeinden. Als absolut notwendig bezeichnete der Staatspräsident ein Kontrollrecht und ein Genehmigungsrecht. Schließlich wird Art. 222 in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt, nachdem ein Antrag Kohler (Komm.), diesen Artikel zu streichen und ein Antrag Heumann, die Ueberschrift zu fassen „Zuständigkeit der Regierungsbehörden in Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung" und den Art. 222 zu fassen: „Verteilung der Zuständigkeit" usw. abgelehnt worden war. Mit 8 gegen 7 Stimmen (3 Ztr., 1 BB., BB.) fand Annahme ein Eventualantrag Heumann, dem Art. 222 folgenden Satz aus der Begründung der Vorlage beizufügen: „Das Aufsichtsrecht ist von den zu seiner Wahrung berufenen Stellen in einem Geist und in einer Form zu handhaben, der jede Absicht einer Bevormundung ferne liegt, die vielmehr die grundsätzliche Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden und seiner staatspolitischen Bedeutung erkennen läßt." Nächste Sitzung voraussichtlich am 8. Januar.

Württ. Krankenkassentagung — Reform der Reichsversicherung.

Stuttgart, 15. Dez. Am Samstag vormittag fand im großen Saal des Hauses des Deutschtums die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern des Hauptverbands deutscher Krankenkassen statt. Der Tagung, die aus dem ganzen Lande sehr zahlreich besucht war, wohnten auch Vertreter des Innen- und Wirtschaftsministeriums, sonstiger Landes- und Reichsbehörden, verschiedener Versicherungsverbände, -Aemter und -Anstalten, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, ferner der politischen Parteien und der Presse bei. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbands deutscher Krankenkassen, Lehmann-Berlin, über die Reform der Reichsversicherungsordnung und insbesondere über die Leitsätze, die vom Hauptverband deutscher Krankenkassen dieser Tage aufgestellt worden sind. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Landesverbands Württemberg, Kärcher, wies der Referent zunächst auf die ungeheure Steigerung der Sozialetats hin. Die Aufwendungen für die Krankenversicherung stiegen von 800 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 1700 Mill. Mk. im Jahre 1927. Eine weitere Steigerung, ja fast Verdoppelung steht in Aussicht. Der bequeme Weg der Beitragserhöhung wird künftig kaum mehr angewandt werden können. Zu beachten ist, daß in der nächsten Zeit schon auch mit einer Steigerung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu rechnen ist. Die Beiträge dieser Zwangskassen lassen sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht ohne weiteres steigern. Die Bezeichnung der Sozialbeiträge als Soziallasten lehnte der Redner nachdrücklichst ab. Sie bilden einfach einen notwendigen Bestandteil der Wirtschaftsunkosten. Die Sozialversicherung ist und bleibt immer noch der zweckmäßigste Weg, um die sozialen Bedürfnisse der breiten Masse zu erfüllen. Im Einzelnen untersuchte dann der Vortragende die Ursachen für die Steigerung der Sozialetats, wobei er feststellte, daß nicht nur die Krankheitshäufigkeit, sondern auch die Krankheitsdauer erheblich gestiegen sind. Beide sind aber beeinflußt durch das Auf und Ab des Wirtschaftslebens. Diese wirtschaftlichen Ursachen zu meistern, ist die Krankenversicherung nicht in der Lage. Eine weitere Ursache ist der schlechtere Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung infolge der Auswirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Bei diesem Stand der Entwicklung ergibt sich die Notwendigkeit, die Krankenversicherung ganz anders aufzubauen, wenn sie weiterhin ihrer Aufgabe nachkommen will. Es muß die Bahn frei gemacht werden, um die Krankenfürsorge wirksamer zu gestalten, ohne die Wirtschaft stärker zu belasten. Zu diesem Zweck ist die Sozialversicherung gründlich zu rationalisieren, wobei mit der Krankenversicherung, als ihrem Zuhauswerk, zu beginnen wäre. Die Rationalisierung der Krankenversicherung hat sich auf die Organisation und die Leistungen zu erstrecken. Rationalisierung der Organisation bedeutet Zusammenfassung der finanziellen Kräfte, Lastenausgleich und Vereinfachung der Verwaltung. Hiezu stellte der Redner entsprechend den Leitsätzen des Reichsverbands folgende Forderungen auf: Im Bezirk eines Versicherungsamts darf es nur eine Allgemeine Ortskrankenkasse geben. Benachbarte Bezirke können vereinigt werden. Die Krankenkassen, die eine angemessene mittlere Mitgliederzahl nicht erreichen, sind zu schließen. Die Kassen im Bezirk eines Versicherungsamts bilden einen Kassenverband. Hinsichtlich des Umfangs der Versicherung wird verlangt: Aufhebung aller Befreiungen von der Pflichtversicherung. Versicherungspflichtgrenzen bei 6000 Mark Jahresarbeitsverdienst. Uebernahme der Krankenpflege auf die Krankenversicherung für die nichtversicherten Sozial- und Kleinrentner, für die Arbeitslosen, die nicht der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstehen. Einbeziehung der Selbständigen bis zu einer Einkommensgrenze bis zu 6000 Mark jährlich. Die zweite große Aufgabe ist die Rationalisierung der Leistungen. Sie bedeutet: Gestaltung der Leistungen nach den sozialen Bedürfnissen der Versicherten und der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger, wobei die Ergebnisse der sozialen Medizin zu berücksichtigen sind. Hiefür werden folgende grundsätzliche Forderungen erhoben: Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes, Trennung der Krankenbehandlung von der Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit, Anstellung von Sozialärzten. Drei Wartetage der Arbeitsunfähigkeit. Abstufung des Kranken- und Hausgeldes nach dem Familienstande. Beteiligung der Invaliden- und Angestelltenversicherung an den Kosten des Heilverfahrens für chronisch Kranke. Schadenersatzpflicht der Kassenärzte bei fahrlässiger Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit oder Schädigung der Versicherung durch unwirtschaftliche Verordnungsweise. Beschränkung des kassenärztlichen Gesamteinkommens auf einen angemessenen Hundertsatz der durchschnittlichen Grundlohnsumme der Kasse oder des Kassenverbandes. Volle Ersatzpflicht der Unfallversicherung für Leistungen der Krankenkassen an arbeitsunfähige Unfallverletzte. Die Ausführungen des Redners fanden allseitige Zustimmung.

Die Verluste der Stadt St. Ingbert.

St. Ingbert, 14. Dez. Nach der nunmehr endgültigen Aufstellung belaufen sich die Verluste der Stadtsparkasse St. Ingbert auf 7,3 Millionen Mark oder rund 44 Millionen Franken. Für diese Verluste muß die Stadt nach Ansicht der Regierungskommission aufkommen, so daß sie jährlich 4 Millionen Franken an Zinsen und Amortisation aufzubringen hat. Da aber die Steuerzuschläge nicht mehr als 180 Prozent betragen sollen, so muß mit einer starken indirekten Belastung gerechnet werden. Auf Jahrzehnte hinaus wird innerhalb der Gemeinde selbst das allernotwendigste nicht ausgeführt werden können.

Um die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahn.

Leipzig, 15. Dez. Der Staatsgerichtshof trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten, Minister a. D. Simons zusammen, nur über den badischen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung in der Frage der Benennung der Reichsbahnverwaltungsmitglieder zu entscheiden. Da die Reichsregierung seiner Entscheidung durch die gestern erfolgte Ernennung der neuen Verwaltungsratsmitglieder zuvorgekommen ist, hat der Staatsgerichtshof die Verhandlung über den badischen Antrag, dem sich auch Württemberg und Sachsen angeschlossen hatten, auf unbestimmte Zeit vertagt und beschlossen, sich an den Reichspräsidenten zu wenden mit der Bitte, dem Staatsgerichtshof diejenige Achtung zu gewährleisten, deren er zur Erfüllung seiner staatsrechtlichen Aufgaben bedürfe.

Zwei Millionen aus Reichsmitteln für die Zeppelinwerft.

Berlin, 14. Dez. Im Reichsrat wurde der Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1928 vom Finanzminister Dr. Hilferding eingebracht. Er dankte den Ausschüssen des Reichsrats dafür, daß sie sich im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt haben. Dann gab der Generalberichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Badt längere Erklärungen ab. Als erfreuliche Tatsache ist zu buchen, daß die aus dem Vorjahre verbliebene Anleiheermächtigung von 852,9 Millionen Mark auf 657,9 Millionen Mark zurückgesetzt wird, und zwar im wesentlichen mit Rücksicht auf die Ueberschüsse aus 1927. Die Ausschüsse des Reichsrats haben einstimmig folgender Entschließung zugestimmt: Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung, für den Luftschiffbau Zeppelin aus verfügbaren Mitteln Beihilfe in Höhe von 2 Millionen Mark noch im laufenden Rechnungsjahr bereitzustellen, um die erforderlichen Arbeiten mit der gebotenen Beschleunigung in Angriff nehmen zu können, und außerdem darauf Bedacht zu nehmen, daß im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 diejenigen Beträge für die Zwecke des Luftschiffbaues vorgesehen werden, die der Bedeutung des Luftschiffbaues entsprechen. Maßgebend für diese Entschließung waren folgende Erwägungen: Da es sich bei dem vorliegenden Nachtragsetat für 1928 um einen reinen Personal-Etat handelt, erschien es zwar nicht angängig, die Erhöhung der im Haushalt des Reichswehrministeriums vorgesehenen Mittel um 2 Millionen Reichsmark durch Beschluß des Reichsrats vorzunehmen. Andererseits hielten es die Ausschüsse im Hinblick auf die Entwicklung der Luftschiffahrt in der letzten Zeit, die bei Aufstellung des Haushalts 1928 noch nicht hinreichend berücksichtigt werden konnten, insbesondere aber im Hinblick auf die Erfahrungen der Amerikafahrt des „Graf Zeppelin", für dringend erforderlich, daß diese 2 Millionen sofort zur Verfügung gestellt werden. Dadurch soll ermöglicht werden, daß der notwendige Neubau einer Zeppelinwerfthalle noch in diesem Rechnungsjahr in Angriff genommen werden kann. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit dem Antrag, dem Nachtragsetat in der Fassung der Ausschußbeschlüsse zuzustimmen und die Entschließung anzunehmen. Der bayerische Gesandte von Preger befürwortete folgenden Antrag Bayerns: „Es wird beantragt, den Nachtrag zum Reichshaushalt 1928 auf die zwangsläufigen Ausgaben zu beschränken. Zwangsläufig sind die Besoldungsmehrausgaben der bereits vorhandenen Stellen, sowie die Ausgaben, die im Vollzug des § 11 des Reichshaushaltsgesetzes für 1928 erwachsen. Alles übrige ist dem Reichshaushalt für 1929 vorbehalten." Staatsrat Dr. Bosler erklärte im Namen seiner Regierung: „Die Auffassung Bayerns entspricht auch der Stellungnahme der württembergischen Regierung. Ich bin daher in der Lage, dem bayerischen Antrag zuzustimmen. Die Bewilligung der Regierungsvorlage würde für 1929 eine bedeutende Belastung herbeiführen. Wir können aber noch nicht übersehen, wie bei der gespannten Finanzlage Deckung für diese Auslagen gefunden werden kann." In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Bayerns mit 44 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, der Länder Bayern, Württemberg, Baden, Mecklenburg-Schwerin. Der Vertreter Thüringens enthielt sich der Abstimmung. Der Nachtragsetat im ganzen wurde nach den Ausschußbeschlüssen angenommen, ebenso die von den Ausschüssen beantragte Entschließung in Sachen des Zeppelinbaues.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 14. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs über das Miets- und Wohnrecht fordert. Das neue Gesetz über Miet- und Wohnrecht und über Wohnungspflege soll für alle Wohnungen, auch für die Neubauten gelten.

Die Christlich-Nationale Bauernpartei hat im Reichstag Anträge eingebracht, die die Reichsregierung ersuchen, die unter Preisgabe landwirtschaftlicher Interessen abgeschlossenen Handelsverträge zum frühest möglichen Termin zu kündigen. Dem Reichstag soll umgehend eine Zollvorlage unterbreitet werden, die einen ausreichenden Schutz für die heimische Landwirtschaft vorsieht. — Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, in den Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929/30 einen Betrag einzusetzen, der erforderlich ist, um die laufenden und seit 1921 rückständigen Zinsen aus der Ablösungssumme für den Uebergang der Verwaltung des Eigentums der bayerischen und württembergischen Posten und Telegraphen an das Reich gemäß dem Vertrag vom 22. und 31. März 1920 zu bezahlen.

Die Arbeitgeberverbände zur deutschen Sozialpolitik.

Berlin, 14. Dez. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nahm heute abend im Sitzungssaal des alten Herrenhauses in einer aus allen Teilen Deutschlands stark besuchten öffentlichen Mitgliederversammlung Stellung zu den Gegenwartsfragen der Sozialpolitik. Neben vielen Parlamentariern wohnten auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der preußische Handelsminister Dr. Schreiber der Tagung bei. Der Vorsitzende, Geh.-Rat Dr. v. Borsig, eröffnete die Tagung mit einem Vortrag über „Grundsätzliche Fragen der deutschen Sozialpolitik". Er ging von dem großen Arbeitskampf im Westen aus und behandelte dann die wirtschaftlichen Gleichnisse der seit Kriegsende verflossenen 10 Jahre. Er hob hierbei die durch Krieg und Inflation erfolgte Zerstörung unseres Volksvermögens um mehr als ein Drittel unseres Produktionsapparates und des Kapitalmarktes besonders scharf hervor. Am Schluß seiner Ausführungen sprach er sich für eine Reform des Schlichtungswesens in dem Sinne der Zurückdrängung der staatlichen Zwangseingriffe zu Gunsten der freien Verständigung der Unternehmer und Arbeiter bei der gegenseitigen Regelung ihrer Beziehungen zu einander aus. (Lebhafter Beifall.) Professor v. Becherath gab in seinem Vortrag einen Vergleich der Wirtschaftsverfassung und der damit zusammenhängenden bzw. sie durchkreuzenden politischen Ideen des Bolschewismus und der kapitalistischen Struktur der großen Industrieländer: Vereinigte Staaten, England, Deutschland. Hierauf sprach Regierungspräsident z. D. Brauweiler über Aufgaben und Programm der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände". Er ging von den grundsätzlichen Darlegungen des Borsigschen Vortrages aus und entwickelte aus den von Herrn v. Borsig dargestellten allgemeinen Grundsätzen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Thesen, die das Arbeitsprogramm der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in den einzelnen Spezialgebieten darstellen. Die Referate beider Redner kamen im wesentlichen zu einer Reihe von Regierungspräsident z. B. Brauweiler zusammengefaßten programmatischen Leitsätzen, wonach das deutsche Unternehmertum von der Erkenntnis ausgeht, daß Vorbedingung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt die Erhaltung eines freien deutschen Unternehmertums ist. Träger der Selbstverwaltung seien die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wobei jeder Arbeitnehmerzusammenschluß als „wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer" unter Berufung auf Artikel 159 RV. angesehen werde. Die Vereinigung erkenne für die Schaffung eines neuen Tarifvertraggesetzes den Tarifvertrag als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Boden freier Tarifvertragspolitik und als Instrument zur Förderung des sozialen Friedens an, wobei sie zum Ausdruck bringe, daß auch durch rechtliche Anerkennung der Betriebsvereinbarung in stärkerem Umfange als bisher dem Betrieb als dem Ausgangspunkte jedes wirtschaftlichen und sozialen Geschehens zu seinem Recht verholfen werden müsse. Die Vereinigung erkennt die soziale und kulturelle Bedeutung des Achtstundentages an, muß aber jeden Versuch einer schematischen Behandlung dieser Frage ebenso ablehnen, wie sie den Versuch für unverantwortlich hält, die Arbeitszeit im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der hierdurch bedingten Elastizität für die Betriebe zu verkürzen. Die Vereinigung weist auf die überwiegend ablehnende Haltung der übrigen europäischen und außereuropäischen Industrieländer gegenüber dem Washingtoner Zeitabkommen hin und bringt darüber hinaus grundsätzlich zum Ausdruck, daß es nicht die Aufgabe des internationalen Arbeitsamts in Genf sein darf, die nationale Gesetzgebung Deutschlands durch internationale Abkommen, die mit den nationalen Bedürfnissen unseres Landes nicht in Uebereinstimmung stehen, bindend zu beeinflussen. Zum Schluß betonte der Redner die Notwendigkeit, Arbeit und Zielsetzung der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Interessen der Volksgesamtheit unterzuordnen.

Abgeschlagener Kommunistensturm auf das Lüneburger Rathaus.

Lüneburg 14. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung der städtischen Kollegien kam es zu außerordentlich stürmischen kommunistischen Demonstrationen vor dem Lüneburger Rathaus. Die Kommunisten, die eine erhebliche Weihnachtsbeihilfe, Bereitstellung von Feuerung usw. gefordert hatten, versammelten vor dem Rathaus etwa 200 ihrer Anhänger. Kurz vor 7 Uhr versuchten die Kommunisten, den Eingang des Rathauses zu stürmen. Der Sturm mißlang, da im Gebäude starke Polizeikräfte untergebracht waren, die die Demonstranten mit dem Gummiknüppel und dem blanken Degen auseinandertrieben.

Ausland.

Paris, 15. Dez. Das für Deutschland sehr unbefriedigende Ergebnis der Besprechungen in Lugano wird von einem Pariser Nationalistenblatt als deutscher Erfolg hinzustellen versucht.

Buenos Aires, 15. Dez. Bei der Ankunft Hoovers in Buenos Aires demonstrierten Anhänger Nicaraguas, worauf die Polizei mit der Waffe durchgriff.

Polnische „Sicherheits"-Propaganda.

Warschau, 15. Dez. Der auswärtige Ausschuß des Sejm nahm einen Antrag der Rechtsparteien an, der die Regierung auffordert, angesichts des Panzerkreuzerbaues und der Rheinlandräumung auf „bessere Sicherung" der polnischen Grenze bedacht zu sein. Die Begründung des Antrags hatte der nationalistische, oppositionelle Abgeordnete Professor Stronski übernommen, der lange Zitate aus den Reichstagsreden des Grafen Westarp, aber auch aus Erklärungen Grömers, Stresemanns und Hermann Müllers vorlas und damit die Dringlichkeit der „deutschen Gefahr" zu beweisen versuchte. Die Linksparteien suchten die Abstimmung des Antrags zu verhindern und ließen durch den sozialistischen Abgeordneten Czapinski darauf hinweisen, daß während der Abwesenheit des Außenministers Zaleski ein derartiger Vorstoß zweckmäßigerweise nicht unternommen werden dürfe.

Stresemann gegen den Geist des Hasses.

Lugano, 15. Dez. Nach Erledigung der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung, die sich mit der oberschlesischen Frage beschäftigte, ereignete sich ein ganz außergewöhnlich scharfer Zusammenstoß zwischen Zaleski und Dr. Stresemann. Ganz unvorbereitet überraschte der polnische Außenminister den Rat mit einem sorgfältigen Exposé, das offenbar auf den Hetzer und polnischen Vertreter beim Völkerbund, Sokal, in seiner Stilisierung zurückging. Zaleski führte aus, daß die Wühlarbeit des deutschen Volksbunds eine grobe Verletzung der Minderheitenkonvention darstelle. Die ganze Agitation dieses Verbandes gehe darauf hinaus, der Welt zu zeigen, daß die Verhältnisse in Oberschlesien nicht stabilisiert seien und die Deutschen unterdrückt würden. Anhand von statistischen Unterlagen über die bergbauliche Produktion von Ostoberschlesien versuchte er nachzuweisen, welche blühende Industrie Polen im Lande entwickelt habe. Der Rat könne sich nicht um die ewigen Beschwerden des Volksbundes kümmern. Wenn er das auf die Dauer fortsetze, so untergrabe er damit sein eigenes Prestige. Diese Rede rief bei den Ratsmitgliedern große Verwirrung hervor. **Dr. Stresemann brachte seine Erregung darüber zum Ausdruck, daß er die übelsten Angriffe Zaleskis auf den Volksbund mit Faustschlägen auf den Ratstisch begleitete.** Er konnte bis zum Ende der Uebersetzung seine Erregung kaum verbergen. Sofort ging er zum Gegenangriff über, der zu den schärfsten gehört, was er wohl jemals dem Rat gesagt hat. Zaleski habe im Geiste des Hasses gesprochen, eines Geistes des Hasses, der sich überall in Oberschlesien gegen das Deutschtum bemerkbar mache. Polen neide diesen Minderheiten die einfachsten Menschenrechte, die sogar der Völkerbund durch die Genfer Konvention festgelegt habe. Man könne der Meinung sein, daß es sich bei den Schulfragen um keinerlei nebensächliche Dinge handle, es sei für den einzelnen Menschen nicht gleichgültig, in welchen Kulturkreisen er sein Kind erziehen wolle. Zaleskis Erklärungen seien von unerhörter Schärfe und Ungerechtigkeit getragen. Dr. Stresemann versteht nicht, warum Zaleski mit statistischen Produktionsziffern aufwartet. Auch Deutschland habe eine große wirtschaftliche Entwicklung seit 1919 durchgemacht, **alles was jedoch in Oberschlesien bestehe, gehe auf deutsche Intelligenz und deutsche Arbeit zurück.** Polen hätte niemals das Land zu einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung führen können. Noch heute würden die Werke von deutschen Technikern und Kaufleuten geleitet. Er wolle nicht alte Wunden aufreißen. Zaleski wolle gegen Deutschland polemisieren, Stresemann verzichte darauf, er wolle sich an das halten, was zur Debatte stehe. In der Welt, so fuhr der Außenminister fort, dürfe nicht die Anschauung aufkommen, daß Minderheitenorganisationen verbotene Verbände sind. Das klare Minderheitenrecht dürfe vom Völkerbundsrat nicht gebeugt werden. **Dr. Stresemann stellte den formellen Antrag, daß der Völkerbundsrat in einer der nächsten Tagungen das Minderheitenproblem von Grund auf einer Diskussion unterziehe.** Sollte das Minderheitenrecht gebeugt werden, so entstehe eine ungeheure Enttäuschung in der Welt, und die Staaten, die im Glauben an die Gerechtigkeit des Rates sich dem Bund angeschlossen haben, würden sich überlegen müssen, ob sie dem Völkerbund weiter angehören könnten.

Man hatte am Ende der Rede den Eindruck, als wenn der Rat ziemlich einstimmig auf deutscher Seite stände. Briand sprach ein paar verbindliche Schlußworte und unterstrich, daß das Minderheitenrecht im Völkerbund nicht angetastet werde. Ein solcher Eindruck dürfe auf keinen Fall in der Welt entstehen.

Strenge gegen Klotz.

Paris, 15. Dez. Der ehemaligen Finanzminister Klotz wurde heute aus der Heilanstalt Suresnes nach dem Zuchthaus Fresnes gebracht. Dort wird er vorläufig im Spital untergebracht werden, wo 3 Irrenärzte, die heute von Untersuchungsrichter bestellt wurden, ihn auf seinen Geisteszustand hin prüfen werden. Es muß auffallen, daß man sich nicht damit begnügt, Klotz in das Staatsgefängnis einzuliefern, sondern in das als sehr streng verschrieene Fresnes, in dem nur die schwersten Verbrecher untergebracht werden. Aber das französische Kabinett scheint entschlossen zu sein, mit Rücksicht auf die ungeheure Aufregung, die die Affäre Klotz hervorrief, mit aller Strenge vorzugehen. Man will nicht den Eindruck der Schwäche erwecken, weil ein ehemaliger Finanz- und Innenminister als Betrugs- und Wechselfälscher entlarvt wurde. Poincaré und Barthou sollen es gewesen sein, die jeden Rettungsversuch für Klotz ablehnten und erklärten, daß das ganze Regierungssystem in Frankreich gefährdet wäre, wenn man auch nur die leiseste Nachsicht gegenüber Klotz übte. In Verlegenheit ist wegen der Sache die gesamte patriotische Presse. Ein Wochenblatt scheut sich heute nicht, zu erklären, daß man Klotz hätte retten müssen, weil seine Verhaftung in Deutschland Freude hervorrufen werde. Jemand, der die finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages ausgearbeitet und durchgesetzt habe, wäre schonungsbedürftig gewesen.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß des nördlichen Hochdrucks ist für Dienstag und Mittwoch leicht bedecktes, frostiges Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 17. Dez. Gestern abend fand die Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule statt. Um ½5 Uhr zog die frohe Schar von der Kleinkinderschule zur Kirche, wo 2 mächtige Christbäume brannten und der Gabentisch für die Kleinen reichlich gedeckt war. Es war eine Freude mitanzusehen, wie die Kinderaugen strahlten beim Anblick dieser vielen Lichtlein, mit denen die Bäume geschmückt waren. Nach dem Gemeindegesang unterhielt sich Pfarrer Kurz in netter Weise mit den Kindern über das Christkindlein, worauf dieselben passende Verse und Weihnachtsliedlein recht schön vortrugen. Mit den Kindern freuten sich auch die Alten, die sich zahlreich eingefunden hatten, an der schönen Feier. Den Kinderschwestern sei auch an dieser Stelle Dank gesagt für die Mühe, die sie aufwenden mußten für das Gebotene.

Birkenfeld, 16. Dez. Das frostige Wetter gebietet Vorsicht für Fußgänger auf den Straßen. Vorige Woche verunglückte ein 14jähriges Mädchen dadurch, daß es ausglitt, zu Fall kam und den Fuß brach.

Neuenz, 12. Dez. Bei der Gemeinderatswahl am 9. Dezember haben von 286 Wahlberechtigten abgestimmt 168 = 57 Prozent. Gewählt wurde ohne Wahlvorschlag (Listenwahl). Bei verhältnismäßig großer Stimmenzersplitterung wurden gewählt: Wilhelm Bauer, Schreinermeister, mit 106 Stimmen, Christian Greul, Gipsermeister (seith. G.R.) mit 87 Stimmen, Karl Hanselmann, Landwirt, mit 66 Stimmen, Heinrich Dürr, Amtskörperschaftsstraßenwart (seith. G.R.) mit 46 Stimmen. Für den infolge Krankheit ausgeschiedenen Gemeinderat Ernst Knöller, Bäckermeister, wurde auf eine Restperiode gewählt: Max Gerwig, Säger, mit 15 Stimmen.

Wildbad, 16. Dez. Der bei der Schiebfensterfabrik G. m. b. H. Stuttgart angestellte Monteur Hermann Holderle war mit dem Einpassen von Fensterrahmen am Südbau des Krankenheims beschäftigt und wollte Freitag vormittag, auf einem 40—50 Zentimeter breiten Steinkranz stehend, das Fenstergesims eben hobeln. Er verlor auf dem vereisten Steinkranz den Halt und stürzte aus einer Höhe von etwa 9 Metern rücklings aufs Pflaster, wobei er sich eine schwere Rückgratverletzung zuzog, die seine Ueberführung ins Bezirkskrankenhaus nötig machte.

Württemberg.

Bissingen a. Enz, 15. Dez. („Kalte Gymnastik".) Unser hiesiger Jagdaufseher hatte am Donnerstag nachmittag bei einer Streife durch das Feld ein sonderbares Erlebnis. Er bemerkte in der Nähe vom Gemeindewald Rotenacker eine nackte Frauensperson, die sich mit einer Art gymnastischen Uebungen beschäftigte. Immerhin ein naßkaltes Vergnügen und nicht jedermanns Sache. In der Annahme, daß es sich um keinen normalen Zustand bei dieser Person handelte, näherte er sich ihr, worauf sie aber die Flucht ergriff und im Wald verschwand. Dem geübten Waidmann gelang es jedoch nicht, die Spur im Wald aufrecht zu erhalten, auch war sein treuer Feldmann auf ein so seltenes Wild nicht gefaßt.

Stuttgart, 16. Dez. (Zuwachs bei der schwäbischen Turnerschaft). In den letzten Wochen sind die beiden größten Vereine des Schwäb. Turn- und Spielverbandes, der Turnverein Kornwestheim mit 485 und der Turnverein Goblenberg mit 560 Mitgliedern nach 15jähriger Trennung wieder zur Deutschen Turnerschaft zurückgekehrt. Der Mittlere Neckar-Städte-Gau, der älteste und lange Zeit größte Gau des 11. Turnkreises Schwaben hat durch den Beitritt dieser beiden Vereine eine erhebliche Stärkung erfahren.

Stuttgart, 16. Dez. (Tragisches Ende einer Geburtstagsfeier.) Die 90 Jahre alte Witwe Laura Fischer in der Schloßstraße konnte gestern ihren 90. Geburtstag feiern. Nachmittags holte sie ihr Sohn, der 66 Jahre alte Zahnarzt Fischer, ab, um sie im Auto nach seiner Wohnung in der Königstraße zu bringen, wo der Geburtstag gefeiert werden sollte. Schon während der Fahrt fühlte sich Zahnarzt Fischer unwohl. Kaum in der Wohnung angekommen, starb er infolge eines Herzschlags. Die hochbetagte Mutter mußte so statt einer Geburtstagsfreude herbes Leid erleben.

Stuttgart, 15. Dez. (Schiedsspruch.) Der Schlichtungsausschuß Stuttgart hat einen Schiedsspruch gefällt, nach welchem ab 1. Dezember eine Erhöhung der Löhne bei der Stuttgarter Straßenbahn um 6 bezw. 3 Prozent eintreten soll.

Heilbronn, 16. Dez. (Furchtbares Familiendrama. — Eine Frau geht mit zwei Kindern in den Neckar.) Ein schreckliches Drama ereignete sich hier am Samstag vormittag. Die Schlosserehefrau Sinn hat zwei ihrer Kinder, einen 4½ Jahre alten Knaben und ein 2½ Jahre altes Mädchen bei Böckingen unterhalb des Sontheimer Stegs in den Neckar geworfen und hat sich selbst auch in den Neckar gestürzt. Ein drittes Kind befand sich in der Schule. Frau Sinn konnte lebend aus dem Wasser gezogen und ins hiesige Krankenhaus verbracht werden, das 2½jährige Töchterchen wurde tot aus dem Neckar geborgen und befindet sich im Böckinger Leichenhaus, den ertrunkenen Knaben hat man noch nicht gefunden. Ueber die Ursachen dieser schrecklichen Tat geht das Gerücht, die Frau sei Epileptikerin und immer sehr verschlossen gewesen; die eigentliche Ursache soll Arbeitslosigkeit des Mannes sein.

Eßlingen a. N., 15. Dez. (Ein frecher Dieb.) Bei einem in der Ebershaldenstraße wohnenden Fräulein wurde am Donnerstag abend ein Diebstahl ausgeführt, während sie kurze Zeit abwesend war. Das wegen seiner Herzensgüte und seiner steten Hilfsbereitschaft in weiteren Kreisen beliebte und geschätzte Fräulein hatte wieder für einen wohltätigen Zweck etwa 100 Mark gesammelt. Das muß eine mit den Verhältnissen vertraute Person gewußt haben, sie stahl nicht nur die 100 Mark, sondern noch alles, was das Fräulein an eigenem Gelde daliegen hatte. Das Fräulein, dessen Vermögen der Inflation zum Opfer gefallen ist, erwirbt sich ihren Unterhalt durch Gewährung von Kost und Wohnung an Schüler und Schülerinnen hiesiger Lehranstalten. Einem der Schüler wurde ebenfalls ein größerer Betrag gestohlen.

Donnstetten, OA. Urach, 15. Dezember. (Auch ein Schlachtfest.) Saßen da abends gegen ½11 Uhr noch einige Bürger mit zwei Metzgern aus der Nachbarschaft im Gasthaus zum „Löwen" beim gemütlichen Schoppen beisammen, als noch ein Gast hinzukam und die beiden Metzger im Scherz aufforderte, das draußen vor der Wirtschaft auf einem Schlitten befindliche Schwein, das letzteren gehörte, doch in die warme Stube hereinzuholen, es könnte sonst erfrieren. Die beiden Metzger meinten, wenn er Lust hätte, könne er dies ja selbst tun. Gesagt, getan. Gleich darauf grunzte das Schwein zum Gaudium der Gäste in der Wirtschaft umher. Einer der Metzger machte hierauf den anwesenden 17 Personen den Vorschlag, ihm das halbe Schwein abzukaufen für den Preis von 2.50 Mark pro anwesende Person. Mit der Bedingung, es sofort zu schlachten, war alles mit einverstanden. Der Metzger ließ sich das nicht zweimal sagen und begann sofort mit der blutigen Arbeit und zwar im Wirtschaftslokal. Nach kurzer Zeit gab es auch schon dampfendes Kesselfleisch, an dem man sich gütlich tat bis in den frühen Morgen hinein.

Lauterbach, OA. Oberndorf, 15. Dez. (Rücktritt.) Kronenwirt Mutschler, der auf der Demokratischen Liste als Gemeinderat gewählt wurde, muß sein Mandat wieder zurückgeben, da sein Schwager, Metzgermeister Marquart, bereits dem Kollegium angehört. An seine Stelle tritt Fabrikarbeiter Edwin Hug.

Trossingen, 16. Dez. Bei der heutigen Stadtvorstandswahl erhielt Rechtsanwalt Bärlin-Eßlingen bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent 2078 Stimmen, Polizeioberinspektor Schumacher-Eßlingen 829 Stimmen, Schultheiß Dürr-Stammheim bei Calw, dessen Stellung von vornherein wenig aussichtsreich war, 169 Stimmen. Rechtsanwalt Bärlin-Eßlingen ist somit mit überwältigender Mehrheit gewählt worden.

Schwenningen, 15. Dez. (Porto-Unterschlagung). Auf eigenartige Weise suchte sich der 20jährige Max Ketterer aus Schwenningen, der bei einer Villinger Firma angestellt war, einen Nebenverdienst zu verschaffen. Zahlreiche Pakete, die er zur Post bringen sollte, versteckte er in seiner Wohnung und unterschlug das Porto. Da die Pakete meist ins Ausland gehen sollten, eignete er sich namhafte Beträge an. Zuhause hatte er ein förmliches Warenlager, da der Schwindel erst herauskam, als zahlreiche Reklamationen über das Ausbleiben der Sendungen einliefen. Der Täter wurde festgenommen.

Ulm, 16. Dez. (Submissionsblüte). Für die Arbeiten zur Erstellung einer neuen Brücke über die Iller bei Wiblingen haben zehn hiesige und auswärtige Unternehmer Angebote eingereicht, deren niederstes und höchstes nicht weniger als 106000 Mk. auseinanderliegen. Das niederste Angebot beträgt 190400 Mk., das höchste 296748 Mk. Der Zuschlag ist bis jetzt noch nicht erteilt.

Ulm, 15. Dez. (Betrug). Das große Schöffengericht Ulm verurteilte den verheirateten, bisher nicht bestraften Direktor Aug. Müller, alleinigen Gesellschafter der Oberschwäbischen Treuhand G. m. b. H. hier, wegen drei Vergehen des Betrugs an Stelle von je 5 Wochen Gefängnis zu 1500 Mk., zusammen somit zu 4500 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Ein Mitangeklagter, der Kaufmann Gemb, Teilhaber der Firma Schmid & Gemb in Neu-Ulm, wurde unter Uebernahme der auf ihn entfallenden Kosten auf die Staatskasse von einem Vergehen des Betrugs freigesprochen. Müller war an der später in Konkurs gekommenen Firma Schmid & Gemb, elektr. Spielwaren und Haushaltungsapparate in Neu-Ulm, finanziell beteiligt, deren einer Teilhaber Schmid früher infolge anderweitiger Verluste aus der offenen Handelsgesellschaft ausschied. Anfangs 1927 wurde die offene Handelsgesellschaft in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Hierbei traten zwei hiesige Kaufleute mit 5000 und 10000 Mk. und ein Gutsbesitzer von Pfaffenhofen mit 3000 Mk. Einlage als Kommanditisten in die neue Gesellschaft ein und es wurde Müller laut Anklage beschuldigt, diese drei Kommanditisten durch falsche Vorspiegelungen über den angeblich guten Stand des Unternehmens, das schon Ende 1926 konkursreif war, getäuscht und zum Eintritt bewogen zu haben, um als Gläubiger der Gesellschaft für sein Guthaben in Höhe von 17000 Mk. Deckung zu finden und sich dann zurückzuziehen und weiteren Kredit der Firma nicht mehr zu gewähren.

Tettnang, 15. Dez. (49000 Reichsmark Strafe für Biersteuerhinterziehung.) Ein Bierbrauereibesitzer aus dem Bezirk Tettnang hatte unter Mittäterschaft seines Bruders, der als Braumeister bei ihm tätig ist, in seiner Brauereiwirtschaft und in seinem Saalbau seit 1926 regelmäßig größere Biermengen unversteuert ausgeschenkt. Das unversteuert ausgeschenkte Bier wurde in einem Notizbuch, das von den Zollbeamten bei einer Kontrolle gefunden wurde, notiert. Wegen dieser Steuerhinterziehung hat das Hauptzollamt Friedrichshafen gegen den Brauereibesitzer und den Braumeister einen Strafbescheid erlassen gegen den von beiden Beschuldigten Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt wurde. Bei der vor dem Amtsgericht Tettnang stattgefundenen Verhandlung bestritt der Brauereibesitzer seine Schuld. Er versuchte die ganze Schuld auf seinen Bruder, den Braumeister, abzuwälzen. Die Angaben wurden ihm vom Gericht nicht geglaubt. Der Braumeister gab seine Verfehlung in vollem Umfang zu. Das Gericht kam zur Verurteilung der beiden. Der Strafberechnung wurde ein nicht versteuerter Bierverbrauch von rund 62000 Liter zu Grunde gelegt. Dies ergibt eine Biersteuernachholung in Höhe von rund 3600 RM., für den Brauereibesitzer und den Braumeister eine Geldstrafe von je rund 14400 RM. und für das Bier, das der Einziehung unterliegt, ist eine Wertersatzstrafe in Höhe von rund 20000 RM. ausgesprochen, was einem Gesamtstrafbetrag von rund 49000 RM. entspricht.

Mergentheim, 15. Dez. (Was nicht alles passieren kann). Dieser Tage vermißte eine Ehefrau unserer Gegend und dazu noch eine „neugebackene" plötzlich ihren Ehering. Heiliger Schreck durchzuckte sie, doch bald kam ihr auch die Erleuchtung, daß der Ring nur beim „Butterballen" verloren gegangen sein könnte, weshalb man den Butterhändler, der die Butter schon abgeholt hatte, auf kürzestem Wege benachrichtigte, und siehe da, nach dem Zerschneiden einiger „Ballen" kam der Ring zum Vorschein und konnte der erschrockenen Ehefrau zurückgegeben werden.

Markelsheim, OA. Mergentheim, 16. Dez. (Aus Unvorsichtigkeit die Mutter erschossen). Ein Sohn der Bäckereseheleute Freitag von hier hantierte mit einer Zimmerflinte, die er sich von seinem Freund geliehen hatte, in der Stube. Plötzlich ging ein Schuß los und die Ladung traf die Mutter des jungen Mannes, die im selben Augenblick durch die Kammertür sah, in das Gesicht. Die Verletzung schien zunächst nicht lebensgefährlicher Art zu sein, doch trat in diesen Tagen eine Verschlimmerung ein. Am letzten Donnerstag früh ist Frau Freitag ihren Verletzungen erlegen.

Baden.

Pforzheim, 16. Dez. Der Pforzheimer Bürgerausschuß hat am Freitag die Gasfernversorgung von Dürrmenz-Mühlacker sowie 4 weiterer Gemeinden von Pforzheim aus genehmigt.

Vermischtes.

Wieder ein Postüberfall. Am Donnerstag abend zwischen

Die schönsten Mäntel
zu billigsten Preisen
bei
KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

5 und 8 Uhr drangen 2 Männer in das Postamt Wending bei Nördlingen ein und stahlen 600 Mark. Mit vorgehaltenen Revolvern zwangen sie die Beamten zur Hergabe der Schlüssel, der eine der Räuber hielt die Beamten mit dem Revolver im Schach, der zweite beraubte den Kassenschrank. Der Ueberfall dauerte einige Minuten. Mit dem kurz vorher abgefahrenen Zug waren mehrere Tausend Mark abgegangen, die sonst den Räubern auch zum Opfer gefallen wären. Die Räuber sind in der Dunkelheit unbekannt entkommen. Es ist dies der dritte Raubüberfall in hiesiger Gegend in den letzten Wochen.

Nochmals der Fall des Münchener Rechtsanwaltes Strauß. In der Nachricht, die wir über den Fall des verstorbenen Münchener Justizrats Dr. Adolf Strauß gebracht haben, erhält das „Stuttg. Neue Tagbl." von dem Sohn des Verstorbenen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Alfred Strauß, folgende Berichtigung: „Herr Justizrat Dr. Adolf Strauß hat nicht Selbstmord verübt, sondern ist ausweislich des Leichenscheines des behandelnden Arztes und des Bezirksarztes in Rosenheim am 3. November 1928 an Lungenembolie gestorben. Es ist auch nicht festgestellt, daß in der behaupteten Höhe fremde Gelder in Anspruch genommen worden sind. Vielmehr handelt es sich meist um eingegangene Verpflichtungen, die durch die Finanzierung von zahlreichen Gesellschaftsgründungen entstanden sind." Das Blatt bemerkt dazu: Wir geben diese Berichtigung wieder, ohne uns weiter mit der Angelegenheit zu beschäftigen, da wir kein Interesse daran haben, die Ehre des Verstorbenen zu schmälern.

Schweres Straßenbahnunglück in München. Am Freitag vormittag ereignete sich in München ein schweres Straßenbahnunglück. Laut „Münchner Telegramm-Zeitung" fuhr ein Langholzfuhrwerk in der Grünwaldstraße auf den Schienen der Straßenbahn stadteinwärts. Hinter ihm kam ein dichtbesetzter Straßenbahnzug aus Großhesselohe, in dem sich meist Schulkinder befanden. Der Führer des Straßenbahnwagens gab zwar Warnungszeichen, doch konnte der schwere Langholzwagen wegen der Glätte nicht mehr aus den Schienen gebracht werden. Der Straßenbahnzug stieß mit solcher Wucht auf das Fuhrwerk auf, daß die Baumstämme tief in das Innere des Motorwagens drangen. Die vordere Plattform wurde vollständig eingedrückt und die Fensterscheiben des ganzen Wagens wurden zertrümmert. Der Lenker des Langholzfuhrwerks, Hoffstetter, wurde sofort getötet. Der Straßenbahnführer wurde eingeklemmt und innerlich schwer verletzt. Ferner erlitten 4 Fahrgäste, hauptsächlich Kinder, leichtere Verletzungen. Die Verunglückten wurden auf Tragbaren in die Klinik verbracht und werden dort ärztlich behandelt. Der Verkehr war einige Zeit gestört. Der Sachschaden ist erheblich. Die Schuldfrage wird durch die an der Unglücksstelle erschienene Staatsanwaltschaft geprüft.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 16. Dezbr. Auf der Tagesordnung der nächsten am 19. Dezember nachmittags stattfindenden Landtagssitzung stehen zunächst sieben Kleine Anfragen, dann der Gesetzentwurf über Notstandsdarlehen an die Stadtgemeinde Wildberg, der Nachtragsetat und die Anträge des Finanzausschusses betr. die Arbeitslosenfürsorge und die Kleinrentnerversorgung. Der Sitzung des Plenums gehen Fraktionssitzungen voraus.

Stuttgart, 16. Dezbr. Der Bauernbund hat dem Landtag den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, erneut bei der Reichsregierung auf eine Aenderung des Versicherungssteuergesetzes in dem Sinne hinzuwirken, daß die örtlichen Viehversicherungsvereine von der Versicherungssteuer befreit werden.

Halle, 16. Dez. In einem älteren Wohnhause in der Burgstraße brach am Samstag abend in einem im Erdgeschoß liegenden Wäschegeschäft ein Feuer aus, dem leider auch ein Menschenleben zum Opfer fiel. Während sich sämtliche Hausbewohner in Sicherheit gebracht hatten, mußte ein Fräulein, das in einer Notwohnung im Dachgeschoß wohnte, von der Feuerwehr aus dem verqualmten Raum geholt werden. Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

Berlin, 16. Dez. Der „Lokalanzeiger" meldet: Das Untersuchungsverfahren gegen die in Mainz verhafteten Deutschen hat keine Beweise dafür ergeben, daß, wie die Franzosen behaupteten, Spionage getrieben wurde. Der französische Untersuchungsrichter scheint nunmehr die Absicht zu haben, gegen die Verhafteten Anklage wegen Einbruchdiebstahls zu erheben.

Berlin, 16. Dez. Die Berliner Presse billigt einmütig die Zurückweisung der polnischen Provokation durch Stresemann.

Berlin, 16. Dezbr. Der Hindenburgpokal und die Zusatzprämie von 10 000 Mark wurde dem Führer und Besitzer des Flugzeugs Klemm-Daimler L 20 mit 20 PS.-Motor Mercedes-Benz F 7052 Freiherrn Friedrich Karl von König-Warthausen für seinen von Berlin über Moskau—Baku nach Teheran (4509 Km.) in der Zeit vom 10. August 1928 bis 31. August 1928 durchgeführten Flug zugesprochen.

Berlin, 17. Dez. Laut „Montagspost" hat Reichsaußenminister Stresemann nach Berlin mitteilen lassen, daß er Mittwoch von Lugano abreisen und am Donnerstag wieder in Berlin eintreffen werde. Der Reichskanzler wird für Donnerstag das Kabinett einberufen, da Dr. Stresemann sofort nach seiner Rückkehr die Reichsregierung über das Ergebnis seiner Besprechungen in Lugano informieren möchte.

Lugano, 15. Dez. Nach der Schlußsitzung des Völkerbundsrats hat eine Reihe von Delegationen, darunter auch die englische, mit Chamberlain an der Spitze, Lugano verlassen. Die meisten Delegationen werden im Laufe des Sonntags abreisen. Auch von der deutschen Delegation wird Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Gaus mit einem Teil der Delegation die Rückreise antreten. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird sich einige Tage Erholung gönnen. — Der bulgarische Außenminister Buroff stattete gestern abend dem deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch ab.

Lugano, 16. Dez. Hier spricht man von einer außerordentlichen Ratstagung in Paris, die den nun offenen Kampf zwischen Bolivien und Paraguay schlichten soll.

Paris, 15. Dezbr. Wie Havas aus Meknes meldet, wurde der ehemalige deutsche Fremdenlegionär Klems, der zum Tode verurteilt und später vom Präsidenten der Republik zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden war, vor versammelter Mannschaft degradiert.

Newyork, 15. Dez. Vor dem hiesigen Nachlaßgericht fand die Eröffnung des Testaments der am 24. Juni in Stuttgart verstorbenen Frau Emilie Löser, Witwe eines Brooklyner Warenhausbesitzers, statt. Der Nachlaß beträgt 400 000 Dollar und geht an 35 Erben, von denen die Mehrzahl Verwandte der Verstorbenen in Deutschland, darunter in Stuttgart, Berlin und München sind.

La Paz, 16. Dez. Der Kriegsminister gibt bekannt: Da weitere paraguayische Abteilungen unsere Forts im Chaco bedrohten, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Unsere Streitkräfte haben dem Gegner eine Schlappe beigebracht und das Fort Boquerón in Besitz genommen. Die Armee hat ihre Pflicht getan.

Hazard (Kentucky), 16. Dezbr. Ein hiesiges Hotel wurde durch einen Brand völlig zerstört. Unter den Trümmern wurden vier Leichen gefunden. Sechs Personen werden vermißt.

Ein Brüskierung Süddeutschlands.

Stuttgart, 15. Dez. Die gestern bekannt gegebene Ernennung neuer Mitglieder des Verwaltungsrats durch die Reichsregierung stößt in der württembergischen Presse auf starken Widerspruch. Es wird darauf hingewiesen, daß auf den 15. Dezember beim Staatsgerichtshof in Leipzig der Termin zur Entscheidung über einen Antrag der badischen Regierung angesetzt ist, der Staatsgerichtshof möge durch einstweilige Verfügung die Ernennung der neuen Mitglieder zurückhalten, bis der Streitfall zwischen dem Reich und den Ländern mit früherer Eisenbahnhoheit, darüber Württemberg und Baden, wegen ihrer Vertretung im Verwaltungsrat, vom Staatsgerichtshof vollends entschieden ist. Der „Schwäb. Merkur" (D. Vp.) nennt den vorherigen Vollzug der Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern ein geringschätziges Hinwegsehen über die Länderansprüche, das seinen verletzenden Charakter behalte, auch wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht zu Gunsten der Länder ausfallen sollte. Das „Deutsche Volksblatt" (Ztr.) spricht von einer Ungehörigkeit und einer scharfen Brüskierung der Länder. Mit besonderer Bitterkeit müsse festgestellt werden, daß unter einem dem Zentrum angehörenden Minister ein solcher Affront gegen die Länder geschehen sei. Die „Süddeutsche Zeitung" (D.N.) erblickt in der Maßnahme des Reiches nicht nur eine Brüskierung der Länder, sondern auch des Staatsgerichtshofes. Für die rapiden Einheitsstaatler sei das Vorgehen des Reiches wieder einmal ein sinnfälliger Beweis, wie es mit den Interessen der heutigen Länder bestellt wäre, wenn diese erst einmal ganz aufgehoben und die Verwaltung völlig in Berlin zentralisiert wäre. Das „Stuttg. N. Tagbl." (Dem.) sagt: Die süddeutschen Länder können diese Ernennung nicht anders, denn als eine bewußte Kränkung und Nichtachtung betrachten, gegen welche schärfster Protest am Platze ist. Es ist schwer, die parlamentarischen Worte zu finden, um zum Ausdruck zu bringen, wie man in Süddeutschland diese Ernennung empfinden muß. Man sieht, wie weit die Aushöhlung der Staatshoheit der Länder schon gediehen ist, wie wenig neben dem immer allmächtiger werdenden Preußen die übrigen Länder in den Augen der Reichsbürokratie noch zu bedeuten haben — wie bitter notwendig daher die Reichsreform ist, die eine organische Gliederung des Reichsgebiets in einigermaßen gleich große und gleichberechtigte Länder durchführt.

Severing vor dem Abschluß.

Reichsinnenminister Severing ist am Sonntag wieder in Berlin eingetroffen. Severing hat seine Besprechungen mit den Vertretern der Ruhrindustrie und mit den Gewerkschaftsführern zum Abschluß gebracht und will nun im Zusammenhang mit diesen direkten Eindrücken über die wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie nocheinmal die Denkschriften durcharbeiten, die ihm bei seiner ersten Reise in das Industriegebiet übergeben worden sind. Aus dem gesamten Material, das zur Verfügung steht, soll jetzt ein Fazit gezogen werden. Am Donnerstag begibt sich der Reichsinnenminister wieder nach Dortmund, wo er am Freitag den Schiedsspruch verkünden will, der den Streit über die Lohn- und Arbeitszeitfrage auf lange Zeit regelt. Der Schiedsspruch Severings ist unumstößlich.

Die Nachtsitzung des Reichstags.

Berlin, 16. Dez. Der Reichstag begann seine Nachtsitzung 5 Minuten nach Mitternacht mit der ersten Beratung des Nachtragsetats für 1928. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding führte aus: Der Nachtragsetat für 1928 sei zugleich der Personaletat für 1929. Er bringe einen Mehraufwand von rund 30 Millionen, der notwendig geworden sei, damit die Reichsbeamten nicht schlechter gestellt werden als die preußischen Beamten. Dieser Etat werde mit einem so großen Defizit zu rechnen haben, daß seine Ausbalancierung die schwierigste Aufgabe sei, welche je einem Finanzminister seit 1924 gestellt wurde. (Rufe rechts: „Weil Sie die Lohnsteuer gesenkt haben!") Gerade die Lohnsteuer bringe auch für diesen Etat einen weit höheren Ertrag als alle anderen. Die großen Reparationslasten führten dazu, daß diesmal die große Ausgabe des Reichs nicht einfach eine Verschiebung des Nationalvermögens bedeute, sondern wirklich für Deutschland verloren sei. Das Defizit müsse unter allen Umständen gedeckt werden. Nicht nur durch neue Steuern, sondern auch durch Abstriche bei den Ausgaben. Das treffe naturgemäß auf den Widerstand aller Ressorts. Der Minister hegt die Erwartung, daß auch der Hauptetat noch bis zum 1. April verabschiedet werde. Die Schwierigkeiten lägen darin, daß die Regierung noch nicht den festen Rückhalt in den Parteien habe, den sie brauche. Die Regierung sei der Ueberzeugung, daß sie, wenn sie den Etat und die zur Deckung nötigen Gesetze demnächst vorlege, auf das Verantwortungsbewußtsein der Parteien des Hauses rechnen könne. — Abg. Frick (Nat.Soz.) erklärte zur Geschäftsordnung: Da der Reichstag seine Nachtruhe geopfert habe, müsse er verlangen, daß auch die Reichsminister ihren Dauerschlaf aufheben. (Rufe links: „Lausbub!") Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung. Dieser beantragt die Herbeizitierung aller Reichsminister, vor allem des Reichsministers des Innern. Präsident Löbe: Die Herbeizitierung des Reichsinnenministers dürfte einige Schwierigkeiten machen, denn er weilt im Ruhrgebiet zurzeit und zwar im Reichsauftrag. Wir müßten die Sitzung dann etwas länger aussetzen. Der Antrag Frick wird abgelehnt. Dafür stimmen mit den Nationalsozialisten die Kommunisten. Nach längerer Aussprache wurde der Nachtragsetat an den Haushaltsausschuß überwiesen. Gegen 1/4 4 Uhr früh vertagte sich der Reichstag bis Mitte Januar.

Das Reichskabinett zum Beschluß des Staatsgerichtshofs.

Berlin, 16. Dez. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit dem ihm zuerst durch die Presse bekanntgewordenen Beschluß des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, der zum 1. Januar n. J. freiwerdenden Stellen des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Wir entnehmen einem längeren amtlichen Bericht zur Rechtfertigung kurz das folgende: Der Reichsregierung bleiben nach Abzug der verschiedenen Mitglieder von 18 als dauernder und sicherer Besitz 5 Stellen des Verwaltungsrats. Infolge der am 18. September mit Wirkung für den 31. Dezember erfolgten Auslosung von 3 deutschen Mitgliedern des Reichsbahnverwaltungsrats und des Verzichts eines Mitglieds auf seinen bisherigen Sitz wurde der Ersatz dieser 4 Mitglieder notwendig. Gleichzeitig wurden auch 3 vom Treuhänder ernannte Mitglieder ausgelost, unter denen sich auch ein Deutscher befand. Die Ernennung der Mitglieder, die von der Reichsregierung zu bestimmen sind, mußte bis zum 15. Dezember vorgenommen sein, da an diesem Tage die Reparationskommission gleichzeitig über die Neubesetzung von 3 Stellen zu befinden hatte. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, nachdem eine Einigung mit Preußen über das von ihr zu benennende Mitglied erzielt worden war, am 14. Dezember die Ernennung vollzogen. Unterdessen hat Baden, obwohl ihm vom Reichskanzler mitgeteilt worden war, daß die Reichsregierung sich hinsichtlich des Zeitpunktes der Wiederbesetzung völlig freie Entschließung vorbehalten müsse, am 1. Dezember 1928 eine einstweilige Verfügung beim Staatsgerichtshof beantragt, die der Reichsregierung die Besetzung der Verwaltungsratsstelle bis zur endgültigen Entscheidung des schwebenden Rechtsstreites verbieten sollte. Diesem Antrag hat sich Württemberg am 8. Dezember und Sachsen am 11. Dezember angeschlossen. Die Reichsregierung hat die Ernennung am letztmöglichen Termin, den 14. Dezember, vollzogen. Die Entscheidung des Reichskanzlers über die Wiederbesetzung der Stellen ist dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs sofort telephonisch mitgeteilt und drahtlich bestätigt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung jede Entscheidung des Staatsgerichtshofs respektiert hätte, auch wenn sie damals die schwierigsten politischen und verwaltungstechnischen Hemmnisse ergeben hätte, aber es ist ein in allen prozessualen Verfahren anerkannter Grundsatz, daß eine Partei ihre Handlungsfreiheit behält, solange keine Entscheidung ergangen ist. Die Reichsregierung war daher rechtlich zu ihrem Vorgehen völlig befugt. Sie war der Lage der Sache nach zu ihrer alsbaldigen Entscheidung geradezu verpflichtet, denn sie sah durch eine Hinausschiebung der Entscheidung ernste politische Schädigungen voraus und hätte pflichtwidrig gehandelt, wenn sie ihre Entscheidung auch nur einen Tag verzögert hätte. Die Reichsregierung hat in die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsgerichtshofes in keiner Weise eingegriffen. Sie ist auch ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung gegenüber dem Reichstag voll bewußt. Der Staatsgerichtshof hat einen Beschluß gefaßt, der über den Rahmen seiner prozessualen Tätigkeit hinausgeht und sich als die Ankündigung einer in der Verfassung nicht begründeten Beschwerde über einen politischen Akt der Regierung darstellt. Der Staatsgerichtshof hat sich nicht an die für ihn zuständige Stelle, das Reichsministerium des Innern gewandt, er hat vielmehr seine Beschwerde der Oeffentlichkeit bekanntgegeben und durch dieses tiefbedauerliche Verfahren die Reichsregierung gezwungen, die Auseinandersetzungen auch ihrerseits vor der Oeffentlichkeit zu führen.

Protest der Hamburger Kommunisten.

Die kommunistische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, die in der letzten Sitzung durch Beamte der Kriminal- und Ordnungspolizei aus dem Saal entfernt werden mußte, und die sodann auf 4 Wochen von den Beratungen ausgeschlossen wurde, hat Protest gegen diese Entschließung eingelegt und verlangt ihre Wiederzulassung. Sie protestiert außerdem gegen die Gültigkeit des in der letzten Sitzung beschlossenen Gesetzes über die Beamtenbesoldung, bei dessen Beratung es zu den skandalösen Auftritten kam, die die Herbeirufung der Polizei notwendig machte.

Urteil im Mordprozeß Halsmann.

Innsbruck, 16. Dez. In dem Prozeß gegen den Studenten der Technik Philipp Halsmann, der beschuldigt war, seinen Vater in den Zillertaler Alpen durch Erschlagen mit einem Stein oder durch Hinabwerfen über einen Hang getötet zu haben, wurde der Angeklagte als Vatermörder für schuldig erklärt und zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Bei der Urteilsverkündung spielten sich erregte Szenen ab. Mutter und Schwester wurden von Weinkrämpfen befallen. Das Publikum nahm das Urteil mit Pfuirufen auf. Als der Angeklagte bei der Verkündung des Urteils vorgeführt wurde, machte er dem Vorsitzenden Vorwürfe, daß ihm nicht das letzte Wort erteilt worden sei. Er erklärte, ich bin unschuldig und bin das bis zu meinem Tode. Alsdann wurden wiederum Pfuirufe gegen den Gerichtshof hörbar. Darauf rief der Präsident: Hier ist Justiz, worauf der Angeklagte rief: „Hier ist Verbrechen". Der Vorsitzende ließ den Saal räumen und wollte nun dem Angeklagten das Urteil bekannt geben. Dieser bemerkte jedoch, er möchte gehen, um diese Schmach nicht gehört zu haben. Darauf wurde er abgeführt. Der Präsident ließ sodann das Urteil wiederholen. Der Verteidiger Dr. Preßburger-Wien erklärte, daß auch die Geschworenen in der Hauptsache in ihrem Wahrspruch sich geirrt haben müssen. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß eine Ueberprüfung für nicht notwendig befunden werde. Der Verteidiger erhob hierauf die Nichtigkeitsbeschwerde. Der Angeklagte Halsmann, der in das Gefängnis zurückgebracht worden war, wollte sich mit einem Messer die Pulsader aufschneiden, wurde aber durch den Gefangenenaufseher daran gehindert.

Das Ergebnis von Lugano.

Lugano, 16. Dez. Von den Ministern des Auswärtigen Frankreichs, Englands und Deutschlands wurde gestern folgendes gemeinsame Communiqué ausgegeben. „Die Ratstagung hat es uns ermöglicht, die seit langem unterbrochene persönliche Verbindung zwischen uns wieder aufzunehmen und in einen Meinungsaustausch einzutreten, der von sehr großem Nutzen gewesen ist. Diese Besprechungen haben uns dazu geführt, stärker denn je davon überzeugt zu sein, daß eine Politik der Versöhnung und Annäherung unserer Länder am geeignetsten ist, den Frieden zu sichern. Dieser Politik bleiben wir treu. In diesem Geiste werden wir die Verhandlungen fortsetzen, die auf Grund der Vereinbarungen eingeleitet worden sind, die zwischen den 6 interessierten Mächten am 16. September d. J. in Genf zustandegekommen sind. Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Lösung der aus dem Kriege herrührenden Schwierigkeiten zu gelangen und auf diese Weise auf Grund gegenseitigen Vertrauens die gedeihliche Entwicklung der Beziehungen unserer Länder zu sichern!"

Das Wichtigste an diesem Communiqué ist die neue Betonung der Locarnopolitik und die Entschlossenheit der drei Außenminister, so schnell als möglich zu einer vollständigen und endgültigen Lösung der aus dem Kriege herrührenden Schwierigkeiten zu gelangen. Die zukünftigen Verhandlungen werden beweisen müssen, ob und wie die Außenminister Englands und Frankreichs dies Versprechen in die Tat umsetzen werden. Bis dahin hat Deutschland auf Grund seiner Erfahrungen allen Anlaß zu größter Zurückhaltung. Den Optimismus, der aus der Erklärung spricht, können wir nicht teilen. Sachlich sagte das Communiqué außer der Feststellung, daß die Aussprache über die durch den Genfer Beschluß in Gang gebrachten Verhandlungen auf diplomatischem Wege weiter fortgesetzt werden soll, nichts, d. h., daß die grundsätzlichen Gegensätze, insbesondere über die Kontrolle im Rheinland zunächst unverändert bestehen bleiben. Das Ergebnis der Besprechungen von Lugano liegt für uns darin, Räumungsfrage und die Dauer der, daß der deutsche Standpunkt den alliierten Regierungen nochmals in persönlicher Aussprache mit größtem Nachdruck dargelegt wurde und auf der Gegenseite nun nicht der leiseste Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß irgend eine deutsche Gegenleistung undiskutabel ist. Auch ein abgeschlagener gegnerischer Angriff ist ein Erfolg.

Sportecke.

Fußball. In der Gruppe Württemberg der süddeutschen Bezirksliga siegten gestern im Entscheidungsspiel die Brötzinger Germanen auf ihrem eigenen Platz gegen Union Böckingen mit 1:0 und sind nun, wie kein zweiter süddeutscher Bezirksliga-Verein, ungeschlagen Gruppenmeister geworden. Tabellenzweiter sind nun die Stuttgarter Kickers geworden, die gestern die Sportfreunde Stuttgart mit 4:1 besiegten. V. f. B. Stuttgart gewann noch gegen den F.C. Birkenfeld mit 3:1, immerhin für Birkenfeld auf fremdem Platze ein recht beachtliches Ergebnis.

In der Gruppe Baden ist der Karlsruher Fußballverein wieder Meister geworden. Er spielte gegen den Freiburger F.C. gestern unentschieden 2:2. Weiter spielten unentschieden mit 2:2 Sportklub Freiburg — F.C. Villingen. Phönix Karlsruhe gewann gegen Sp.Vgg. Freiburg 6:0 und Rastatt gegen Offenburg 3:2.

Gruppe Nordbayern: Sp.Vgg. Fürth — A. S.V. Nürnberg 3:0, Franken Nürnberg — F.V. Würzburg 2:1, Bayreuth — Hof 5:1. Gruppe Südbayern: Wacker München — Bayern München 1:2, Schwaben Ulm — Schwaben Augsburg 2:7.

Enz-Neckar-Kreisliga: Mühlacker — 1. F.C. Pforzheim 1:6, Ispringen — Ballspielklub Pforzheim 4:3, Ersingen — Eutingen 5:0, Germania Pforzheim — Viktoria Enzberg 5:1, F.V. Niefern — V. f. R. Pforzheim 6:2.

A-Klasse: In dieser Klasse besiegte gestern der F.V. Neuenbürg den Sp.V. Arnbach mit 4:2 Toren. W.

Vor Gericht. Ein in Kempten wohnhafter Metzger stellte wiederholt in der Gegend von Kempten dem Wilde nach. Er schoß, was ihm in den Weg kam: Marder, Iltisse, Füchse, Hasen, Rehe und Hirsche. Das Amtsgericht Kempten [...]

Mäntel
...isen
Pforzheim

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

Zwangs-Versteigerung.

Am **Dienstag den 18. Dez.**, vormittags 10 Uhr, kommen in Neuenbürg öffentlich gegen Barzahlung zur Versteigerung:

1 Standuhr, 1 Chaiselongue mit Decken, 84 Stück Zucko-Sahnenseife, 4 Stück Takrisol-Seife, 4 Kolben Haarwasser, 2 Manikurekästchen, 3 Flaschen Haarwasser, 2 Stangen Seife, 2 Kartons mit Haarbürste, Spiegel und Haarkamm, 2 Kolben Haarwasser, 1 Damentoilette mit weißer Marmorplatte u. Spiegelaufsatz, 1 Warenschrank, 1 Damentoilette mit rotbrauner Marmorplatte und Spiegelaufsatz, 1 Aktenschrank, 1 Warmwasserapparat.

Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Dienstag den 18. Dezember**, nachm. 1½ Uhr, verkaufe ich in Höfen öffentlich gegen Barzahlung:

1 Sonntagsanzug, 1 Ueberzieher, 1 Sofa, 1 Wanduhr, 1 Küchenuhr, 5 Meter lang Linoleum, 1 Kleiderregal, 1 Blumenständer, 1 Handtuchständer.

Zusammenkunft am Rathaus in Höfen.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Herrenalb.

Am **Mittwoch den 19. ds. Mts.**, nachmittags 4 Uhr, versteigere ich öffentlich gegen Barzahlung

1 Drehbank, 3 Damenräder, 2 Herrenräder und 6 Autoreifen.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Ecker, Gerichtsvollzieher.

Pfinzweiler.

Im Zwangsweg werden am **Mittwoch den 19. d. M.**, vormittags 8 Uhr,

1 Wagen, 1 Futterschneidmaschine und 1 Läuferschwein

öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Zusammenkunft am Schulhaus.

Ecker, Gerichtsvollzieher.

Feldrennach.

Am **Mittwoch den 19. Dez.**, vorm. 9 Uhr, kommen

1 Kuh, 1 Rind, 1 Paar Läuferschweine, 1 Standuhr, 1 Sofa, ca. 40 Ztr. Heu und 1 Futterschneidmaschine

öffentlich gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Zusammenkunft am Rathaus.

Ecker, Gerichtsvollzieher.

Wie alljährlich habe ich auch

diesesmal

mein

helles u. **dunkles**

Weihnachtsbier

mit ganz besonderer Sorgfalt eingebraut und empfehle dasselbe meiner verehrten Kundschaft mit der Bitte um rechtzeitige Bestellung.

Klosterbrauerei

Hermann Mönch, Herrenalb.

Achtung!

Bis Weihnachten 5 Proz. Rabatt! Teilzahlung gestattet, ohne Aufschlag.

Wecker und Taschenuhren	von	4.50 Mk. an,
Armbanduhren	von	9.50 Mk. an,
Regulateure	von	25.— Mk. an,
Standuhren	von	130.— Mk. an.

Schmuckwaren aller Art äußerst preiswert. **Bestecke** mit 20jähr. Fabrikgarantie. **Brillen u. Zwicker** mit u. ohne Rezept in gr. Ausw. **Sprechapparate, Schallplatten, Nadeln usw.** Reparaturen rasch, gut und billig mit ½jähriger Garantie. Auf neue Uhren 1—2 Jahre Garantie.

Dies alles im ersten Fachgeschäft von

Eugen Sutter, Uhrmacher, Herrenalb.

Birkenfeld, den 17. Dez. 1928.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Sohn und einziges Kind

Erwin Lichtenberger,
Stahlgraveur,

im Alter von 17 Jahren 4 Monaten nach schwerem, qualvollem, mit großer Geduld ertragenem Leiden (Blutvergiftung) am Samstag vormittag 11 Uhr im Krankenhause in Neuenbürg nach des Herrn Wille entschlafen ist.

Die tieftrauernden Eltern:

Heinrich Lichtenberger u. Frau **Emilie**, geb. Fix.

Beerdigung: Dienstag den 18. Dez., nachmittags 3¼ Uhr.

Charlottenburg-Calmbach, 16. Dez. 1928.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir mit, daß nun auch unsere l. Mutter

Adelheid Luther, Rektors Witwe,

in Charlottenburg nach kurzen, aber schweren Leidenstagen unerwartet rasch gestorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

A. Kreuzer, geb. Luther.

Beerdigung in Calmbach:
Mittwoch 2 Uhr nachmittags.

Ottenau (Murgtal), 13. Dez. 1928.

Todes-Anzeige.

Allen lieben Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine teure Gattin, unsre liebe Mutter

Pauline Bender

nach längerer Krankheit in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Um stille Teilnahme bitten:

Der Gatte: **Jakob Bender,** Oberlehrer a. D.
Die Kinder: **Helene Alske,** geb. Bender (in Amerika).
Paula Fahrer, geb. Bender.

Neuenbürg.

Auf Weihnachten empfehle

Reisekoffer u. Mappen aller Art, Schulranzen,

Vollrindleder und Spalt.

K. Pfrommer,
Tapezier- und Polster-Geschäft.

Atelier für Fußpflege!

Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln.

Martha Benjamin, Pforzheim,
Tel. 1609. Westl. Karl-Friedrichstr. 12. Tel. 1609.
Behandlung in und außer dem Hause!

Ein hübsches Weihnachtsgeschenk!

Neuenbürger

Heimatbuch.

Herausgegeben von Schulrat **Fr. Reck.**

1. Heft: **„Die Sagen der Heimat".**

Gesammelt und bearbeitet von **Fr. Fick.**

Ueber 200 Seiten stark. Preis **Mk. 2.50.**

Zu haben in der

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg,

sowie in allen Buchhandlungen des Bezirks.

Für den Weihnachtstisch

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 18. Dez., abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Rechnungsabhör.
3. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Erwin Pfister, i. Fa. C. Bäxenstein Nachf., Neuenbürg, Hauptstr. 287.

Auswanderungsagentur.

Vertretung der Hamburg - Amerika Linie

Schiffskarten nach allen Häfen der Welt. Kostenlose Beratung in allen Reiseangelegenheiten nach Übersee.

Auf Wunsch Besuch im Hause.

Ich suche f. Austr. für tüchtige kautionsfähige Fachleute an gutfrequentiertem Platze und in guter Lage eine

Weinstube

oder solche mit Cafe, Cafe-Restaurant oder sonst gutes Gasthaus

zu pachten,
evtl. zu kaufen.

Angebote sind zu richten an

Fritz Müller,
Immobilien- und Hypotheken-Vermittlung.
Neuenbürg, Brunnenstr. 38.

Neuenbürg.

Auf den

Weihnachtstisch

empfehle mein reichhaltiges Lager in

Geschenk-Artikeln

aller Art wie:

Porzellan, Glas, Nickel, Bestecke,
auch Silberbestecke der W.M.F. Geislingen, ferner
Schokoladen,
Pralinen,
Baumbehang,
Kaufladenartikel,
Tee, Cacao,
offen und in reizenden Weihnachtspackungen.
Zigarren,
Zigaretten, Tabake,
sämtliche Marken.
Liköre, Cognacs,
Malaga, Punsche,
alle Preislagen.
Feinste Sorten frisch gebr.
Kaffee,
sämtl. Backartikel
billigst.

C. Pfister.

NB.: Bestellungen auf prima **Weihnachts- und Neujahrs-Gänse** nimmt entgegen **der Obige.**

Schwann.

Zwei starke

Fuhrschlitten

mit Anhänger gibt billig ab

Karl Gentner,
Holz- und Kohlenhandlung.

Orangen
unsortiert
Pfund **25** Pfg.
sortiert 3 Stück
20, 25 und **30** Pfg.

Süße Mandarinen
10 St. **75** u. **95** Pfg.

Walnüsse
Pfund **70** Pfg.
Haselnüsse
Pfund **70** Pfg.
Kranzfeigen
Pfund **40** Pfg.

Schöne Tafel-Aepfel

Weihnachts-Schokolade
Vollmilch
100 Gr.-Taf. **30** Pfg.
200 „ **60** Pfg.
Schokolade-Geschenk-Packungen
mit Seidenband
3teilig **1.—**
4teilig **1.20**

Pralinen
in Geschenkpackungen

Lebkuchen-Herzen
Stück **5, 10** u. **15** Pfg.
Basler Leckerle
Paket **20** Pfg.

Unsere Rabattmarken helfen Ihnen sparen!

Plannkuch

Birkenfeld.

Von **Dienstag den 18.** M. ab kann wieder

Kleesamen gerieben

werden bei

Karl Wessinger,
Dietlinger Str.

Ottenhausen.

Einen fast noch neuen

Mantel

für mittlere Figur hat billig zu verkaufen

Ernst Klaiß,
bei Gänger, Schneider.

Musik-Hohnlose
am Turnplatz
Weiherberg-Straße Nr. 1
empfiehlt:
Ganze Schüler-Violine von 7 Mk. an,
Gitarren von 12 Mk. an,
Zithern von 10 Mk. an,
Mandolinen von 6 Mk. an,
Schallplatten von 95 Pfg. an und 50 Pfg. **Unterricht für alle Instrumente wird erteilt.** Jedes Instrument wird neu gespielt.

Zahlungsbefehle und Schuldscheine

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw